

Von: ÖDP Bayern - Urban Mangold [<mailto:urban.mangold@oedp-bayern.de>]

Gesendet: Mittwoch, 18. Oktober 2017 16:36

An: olaf.heinrich@bezirk-niederbayern.de

Betreff: Antrag an Bezirkstag: Prüfung ÖPNV-Zuständigkeit

Urban Mangold, Bezirksrat (ÖDP)

Herrn Bezirkstagspräsidenten

Dr. Olaf Heinrich

Antrag

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,

ich bitte Sie, den folgenden Antrag den zuständigen Gremien zur Beratung vorzulegen:

Der Bezirkstag debattiert, ob es für die Organisation des ÖPNV von Vorteil ist, wenn der Bezirk für landkreisübergreifende ÖPNV-Angebote die Genehmigungszuständigkeit erhält. Ziel ist, die Koordination bürgernah zu optimieren und die Öffentlichkeit zu beteiligen. Die Verwaltung wird beauftragt, hierzu eine Sachdarstellung vorzulegen. Danach sollen gegebenenfalls weitere Schritte diskutiert werden.

Begründung:

Beim landkreisübergreifenden Busverkehr fehlt Transparenz und eine ordnende Hand. Das hat beispielsweise Anfang September die Bus-Debatte in den Landkreisen Freyung-Grafenau und Passau nach dem jüngsten Fahrplan- bzw. Konzessionswechsel gezeigt.

Sinnvoll wäre es, wenn über diese ÖPNV-Angebote in öffentlichen Sitzungen von gewählten Bürgervertretern entschieden werden würde und nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Der landkreisüberschreitende Busverkehr sollte vom gewählten Bezirkstag beraten und beschlossen werden, wie dies vor Jahren auch im niederbayerischen Bezirkstag thematisiert wurde.

Dies ginge auch ohne zusätzliche Bürokratie: Das ohnehin mit dem Verfahren befasste ÖPNV-Referat der Regierung von Niederbayern soll seinen Vorschlag dem Bezirkstag zur Beratung vorlegen. Dann sehen alle Beteiligten rechtzeitig, um was es geht. Die Bürger könnten darauf einwirken und würden nicht erst im Nachhinein erfahren, dass es gravierende Änderungen gibt. Der Bezirk sollte allerdings nur für die Genehmigung von Linien zuständig sein, die die Landkreisgrenzen überschreiten und nicht für den Busverkehr innerhalb einer Kreisgebietskörperschaft.

Dass manche Busverbindungen im Niemandsland enden, wie das Landratsamt Passau nach den jüngsten Änderungen kritisierte und die Öffentlichkeit von alldem erst spät erfährt, zeigt, dass eine politische Beratung des ÖPNV auf überörtlicher Ebene sinnvoll ist. Die ÖDP plädiert dafür, dass sich der Bezirkstag für eine entsprechende Zuständigkeitsregelung ausspricht.

Mit freundlichen Grüßen

Urban Mangold

Bezirksrat